



Als wahlkämpfender Vizekanzler hantiert Strache mit explosiven Verschwörungstheorien, die Distanzierungsaufappele von Präsident Van der Bellen und Kanzler Kurz verhallen.

Warum Strache ungebremst weitermacht

Der freiheitliche Vizekanzler, der beim Stimmenfang für die EU-Wahl auf belastete Begriffe setzt, ist kaum einzudämmen – der Opposition wie den anderen Staatsspitzen bleibt nur noch das Prinzip Hoffnung.

Nina Weissensteiner

Vierundzwanzig Tage vor dem Urnengang spielt sich der heimische EU-Wahlkampf zwischen Rücktrittsaufforderungen und Mäßigungsversuchen in Richtung des freiheitlichen Vizekanzlers ab. Bisher ohne Erfolg: Seit Heinz-Christian Strache nach wortreichen Distanzierungen von den Identitären beim aktuellen Stimmenfang nun doch ungeniert mit einem Begriff der Rechtsextremen, dem angeblichen Bevölkerungsaustausch, hantiert, legen ihm vor allem die Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit einen Abgang nahe.

Doch schon bevor SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner am 1. Mai am Wiener Rathausplatz den FPÖ-Chef vor tausenden Genossen zum Verzicht auf sein Amt aufgerufen hatte, überstand Strache einen roten Misstrauensantrag im Nationalrat, der wegen seines „schlampeartigen Umgangs“ mit dem Rechts-

extremismus eingebracht worden war. Der Ausgang des Unterfangens war von Beginn an klar: Der Antrag wurde mit türkis-blauer Mehrheit abgeschmettert.

Wie lässt sich der wahlkämpfende Vizekanzler überhaupt eindämmen? Fest steht, dass in der Zweiten Republik sämtliche der bisher 185 eingebrachten Misstrauensanträge gegen einzelne Regierungsmitglieder oder auch gegen ganze Kabinette „nicht durchgegangen sind“, wie Parlamentarismusexperte Werner Zögrer dem STANDARD vorrechnet. In der jetzigen Legislaturperiode gab es bisher sieben solcher Anträge der Opposition, ganze sechs Stück davon betrafen neben Strache allein seinen Parteifreund Innenminister Herbert Kickl.

Zögrer zufolge zur hierzulande kaum ausgeprägten Rücktrittskultur: „Traditionell zementieren solche Aufrufe die Betroffenen eher

in ihrem Amt ein – ganz einfach, weil sich die Parteien von außen niemanden hinausschießen lassen wollen.“

Im Gegensatz dazu gebe es in Deutschland und in Spanien „ein konstruktives Misstrauensvotum“ einzig gegen die jeweiligen Regierungschefs. Bedeutet: Diese können dort mit einer Mehrheit abgesetzt werden, wenn gleichzeitig ein Nachfolger beschlossen wird.

Folklore statt Folgen

Wegen der hohen Anzahl an aussichtslosen Versuchen, einzelne Regierungsmitglieder per Parlamentsbeschluss abzusetzen, spricht der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier von einer „Rücktrittsaufforderungsfolklore“ in Österreich, der bisher „kaum Verantwortungsübernahme“ gegenübersteht, ebenso wenig wie eine „Entschuldigungskultur“ bei jenen, gegen die sich Misstrauens-

anträge richten. Wohl aber, analysiert der Experte, sei es als Partei völlig legitim, Strache die Abgabe seines Amtes nahelegen, weil er sich immerhin zu einem Termin bekenne, mit dem auch der Attentäter im neuseeländischen Christchurch die Morde an mehreren Dutzend Gläubigen in Moscheen begründet hat.

Bei derart existenziellen Angelegenheiten zu zaudern, ob hier Rücktrittsauftrufe strategisch Sinn machen, sei weniger die Frage, so Filzmaier – jedoch schon, ob die diversen Politakteure damit nicht ihre eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen. Und da habe nicht nur, aber auch die SPÖ ein Problem, so der Politologe.

Denn einst ließ ihr eigener Absolutist Bruno Kreisky seine vormalige Minderheitsregierung, der vier Ex-NSDAP-Mitglieder angehörten, auch von dem damaligen FPÖ-Chef und Ex-SS-Mann Fried-

rich Peter stützen. Filzmaier: „Hier hat die SPÖ bis heute Rechtfertigungsbedarf – nicht erst seit der rot-blauen Koalition im Burgenland, die im Jahr 2015 geschmiedet wurde.“

Aber auch dem Kanzler und dem Bundespräsidenten attestiert Filzmaier angesichts der bedenklichen Kapriolen des Vizekanzlers „mangelnde Handlungsfähigkeit“. Auch wenn ihr jeweiliges Umfeld versichere, auf Strache auch hinter den Kulissen mäßigend einzuwirken, schrumpfe die Handlungspalette von Sebastian Kurz (ÖVP) und Alexander Van der Bellen von Tag zu Tag. Filzmaier: „Schweigen geht nicht mehr. Rote Linien zu den Identitären wurden gefordert und gezogen – aber ohne dass dies lange Wirkung gezeigt hätte.“ Sein Fazit: „Und so bleibt auch Kurz und Van der Bellen nur mehr zu hoffen, dass sich Strache selbst bald zurücknimmt.“

Unis wenig sozial durchmischt

Medizinstudium weiter Domäne von Akademikerkindern

Wien – Die soziale Durchmischung an den Hochschulen hat sich in den vergangenen Jahren nicht verbessert. Vor allem das Medizinstudium ist nach wie vor eine Domäne von Akademikerkindern. Das zeigt die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der SPÖ durch Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP).

Die Zahlen: Im Jahr 2013 nahmen an den öffentlichen Universitäten Studienanfänger mit einem Vater mit Matura (Stichwort: „bildungsnahe Elternhaus“) um 2,95-mal häufiger ein Studium auf als Studienanfänger aus einem bildungsfernen Elternhaus, heißt es in der Beantwortung. 2018 betrug der Wahrscheinlichkeitsfaktor sogar 3,03. An den Fachhochschulen (FH) stagnierte diese Zahl im gleichen Zeitraum bei 1,89.

Weit weg vom Wunschziel

Rechnet man beide Hochschulsektoren zusammen, nahmen sowohl 2013 als auch 2018 Anfänger aus bildungsnahe Elternhaus 2,6-mal häufiger ein Studium auf als solche aus bildungsfernen. Damit würde Österreich den in

der „Nationalen Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung“ angepeilten Zielwert von 2,25 im Jahr 2020 klar verfehlen. Bis 2025 soll der Wahrscheinlichkeitsfaktor sogar auf 2,1 sinken.

Vor allem das Medizinstudium bleibt fest in der Hand von Akademikerkindern: Im Studienjahr 2014/15 hatten dort 71 Prozent der inländischen Studienanfänger einen Vater mit Hochschulabschluss. Acht Prozent hatten Väter mit einer Matura als höchstem Abschluss, 16 Prozent einen mit einem mittleren Abschluss und fünf Prozent einen Vater mit maximal Pflichtschulabschluss. 2017/18 waren es ebenfalls 71 Prozent Akademikerkinder, aber nur mehr drei Prozent mit Vätern mit maximal Pflichtschulabschluss.

Interessantes Detail: Anders sieht es bei den ausländischen Medizin-Studienanfängern in Österreich aus. Dort waren zuletzt nur 53 Prozent Akademikerkinder. Stärker vertreten waren Kinder von Vätern mit Matura (17 Prozent) beziehungsweise mittlerem Abschluss (27 Prozent). (APA)

Van der Bellen warnt vor Zensur

ARD fordert Solidarität mit Armin Wolf

Wien – Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am Donnerstag die Meinungs- und Pressefreiheit als „ein Fundament unserer Demokratie, ein Fundament unseres Rechtsstaats“ gewürdigt. Anlässlich des Internationalen Tages der Pressefreiheit am Freitag warnte das Staatsoberhaupt vor einer Einschüchterung von Journalisten oder vor Versuchen politischer Zensur.

„Wer die Pressefreiheit angreift, gefährdet einen Wesenskern unserer Demokratie. Wenn versucht wird, Journalistinnen und Journalisten einzuschüchtern oder gar das Recht auf Kritik grundsätzlich einzuschränken, dann werden Grenzen überschritten“, schreibt der Bundespräsident auf seiner Internetseite. Berichterstattung dürfe und solle kritisch sein. „Verboten ist nicht Kritik, sondern jeder Versuch politischer Zensur“, betont der Bundespräsident, ohne direkt auf die aktuelle Debatte in Österreich einzugehen.

Die FPÖ-Angriffe auf den ORF sind auch weiter Topthema in deutschen Medien. „Was wir in Österreich gerade erleben, ist ein kühl kalkulierter Frontalangriff einer Regierungspartei auf die Pressefreiheit und den öffentlichen rechtlichen Rundfunk insgesamt. Und deshalb muss Armin Wolf die Solidarität aller Demokraten gelten, auch aus Deutschland“, hieß es im Kommentar der ARD-Tagesthemen am Mittwoch.



Armin Wolf bekommt Unterstützung von Kollegen.

Foto: APA

Georg Restle, der diesbezüglich auch auf ähnliche Angriffe der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) auf ihn selbst verwies. „Wer nämlich glaubt, dass uns das hier nicht drohen könnte, der täuscht sich.“ (APA)

KURZ GEMELDET

Alle Schüler sollen KZ-Gedenkstätte besuchen

Wien – Innenstaatssekretärin Karoline Edtstadler (ÖVP) hat angesichts der in der „Holocaust Knowledge and Awareness Study“ bekanntgewordenen Wissenslücken der Österreicher das Ziel ausgegeben, dass alle Schüler, Migranten und Asylwerber das ehemalige KZ Mauthausen besuchen sollten. „Dass junge Österreicher zu wenig über Mauthausen wissen, erschüttert mich zutiefst“, hielt sie in einer Aussendung fest. (APA)

Liste Fritz will Wahlpflicht wieder einführen

Innsbruck – Die Tiroler Liste Fritz hat sich für eine Wiedereinführung der Wahlpflicht ausgesprochen. Der Antrag der Liste, der im Mai im Landtag zur Debatte stehen wird, beinhaltet zudem die Prüfung von Sanktionen für Personen, die ihr Wahlrecht nicht wahrnehmen. Gelten soll die Wahlpflicht praktisch bei allen Wahlgängen inklusive Hofburg-Wahl. Bei „wiederholter Missachtung der Wahlpflicht“, die in Tirol nach der Landtagswahl 1999 abgeschafft worden war, soll es Geldstrafen geben. (APA)

Gastkommentar Seite 31